

Pressemitteilung

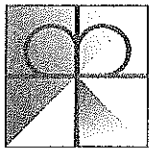
Kita-Verband und Diakonisches Werk:

Klares Votum des Landes zur Kinderbetreuung nötig

Rendsburg, 5. Januar 2010. „Auch in Schleswig-Holstein werden Kita-Plätze für Kinder unter drei Jahren dringend benötigt, um Familie und Beruf zu vereinbaren. Wenn jetzt der Städteverband die geplante und ohnehin geringe Versorgungsquote von 35 Prozent bis 2013 aus Kostengründen in Frage stellt, ist die Landespolitik gefordert, ein klares Bekenntnis zur Kita-Finanzierung abzugeben.“ Das erklärte das Diakonische Werk Schleswig-Holstein und der Verband Evangelischer Kindertageseinrichtungen (VEK) am Dienstag in Rendsburg. „Wir brauchen eine verlässliche Planung für alle Beteiligten“, so Landespastorin Petra Thobaben, „denn Kitas sind kein Kostenfaktor, sondern eine entscheidende Investition in die Zukunft“.

Bislang stehen in Schleswig-Holstein nur für 14,5 Prozent der unter Dreijährigen Kita-Plätze zur Verfügung. Das Land ist damit fast Schlusslicht in Deutschland. Ab 2013 besteht ein Rechtsanspruch auf einen Platz. Geschätzt wird, dass über 60 Prozent der Eltern ihre kleinen Kinder betreuen lassen wollen.

VEK-Geschäftsführer Markus Potten: „Die Träger der Kitas stehen seit Jahren bereit und haben zahlreiche Gruppen für Kinder unter drei Jahren gemeinsam mit den Kommunen geschaffen“. Zur Mitfinanzierung stellt der Bund Mittel aus seinem Umsatzsteueranteil bereit und leitet diese an die Länder weiter. „Allen Beteiligten war von Anfang an klar, dass die Bundesmittel allein nicht ausreichen“, erklärte Potten.



Neben dem Problem der U 3-Plätze ist in Schleswig-Holstein die Gesamtfinanzierung des Kitabereiches unzureichend und intransparent geregelt. Zudem nimmt der Mangel an Fachkräften zu und wird sich in absehbarer Zeit dramatisch auswirken. „Wenn der politische Wille in Schleswig-Holstein nicht vorhanden ist, mehr Geld zur Verfügung zu stellen, müssen die Leistungen neu definiert werden. Frühkindliche Bildung gibt es nicht zum Nulltarif“, sagte Potten.

Der Landesanteil an der Kitafinanzierung von nur 60 Millionen Euro jährlich ist seit Jahren gedeckelt. Dies bedeutet eine reale Absenkung und drängt die Kommunen und die Träger verstärkt in die Mitfinanzierung. „Jetzt muss das Land die Hilferufe aus den Städten, Gemeinden und von den Trägerverbänden endlich zur Kenntnis nehmen“, forderte Thobaben.

Für Rückfragen:

Michael van Bürk, Diakonisches Werk Schleswig-Holstein, Pressesprecher,
Tel. 04331 - 593 - 136 / 0174 - 15 17 48 5

Markus Potten, Verband Evangelischer Kindertageseinrichtungen in Schleswig-Holstein,
Geschäftsführer, Tel. 04331 - 593 - 170 / 0170 - 56 12 16 4

TOP-THEMA

VERSENDEN | DRUCKEN

Rechtsanspruch auf Betreuung

Kommunen schaffen zu wenig Kita-Plätze

5. Januar 2010 | Von bg

Ab 2013 besteht ein Rechtsanspruch auf Betreuungsplätze für Kleinkinder. Doch die Städte und Gemeinden im Norden sind dem Ansturm auf ihre Kitas nicht gewachsen.

NACHHOLBEDARF IM NORDEN

Kinder im Alter von 0 bis 3 Jahren
in Tagesbetreuung, in Prozent
der Altersgruppe

Sachsen-Anhalt	55,1
Mecklenburg-Vorpommern	49,6
Brandenburg	48,3
Thüringen	42,8
Berlin	41,6
Sachsen	40,1
Hamburg	25,7
Bundesdurchschnitt	20,4
Rheinland-Pfalz	17,6
Hessen	16,3
Baden-Württemberg	15,9
Bayern	15,7
Saarland	15,2
Schleswig-Holstein	14,5
Bremen	13,8
Niedersachsen	12,0
Nordrhein-Westfalen	11,6

Quelle: Statistisches Bundesamt, Stand 2009

 Vergrößern

Die schleswig-holsteinischen Städte und Gemeinden werden den ab 2013 geltenden Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kleinkinder nicht erfüllen können. "Die Nachfrage der Eltern wird viel höher sein als angenommen", sagte Jochen von Allwörden, Chef des Städteverbandes Schleswig-Holstein, unserer Zeitung. Statt der vom Bundesgesetzgeber zugrunde gelegten 35 Prozent aller Kinder unter drei Jahren würden zwischen Flensburg und Lauenburg voraussichtlich "um die 60 Prozent" einen Platz in der Kita benötigen.

Von Allwördens Einschätzung stützt sich auf eine Umfrage, die der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) gestern in Berlin veröffentlichte. Demnach wollen in Westdeutschland 63 Prozent und im Osten 87 Prozent der Frauen mit Kinderwunsch ihre kleinen Söhne oder Töchter künftig betreuen lassen. Die Zahl der Krippenplätze müsste dann in drei Jahren bundesweit von derzeit 417.000 auf 1,3 Millionen steigen - in Schleswig-Holstein von heute 10.000 auf mehr als 30.000. Allwörden hält das für unmöglich. "Die Kommunen im Land bauen ihr Betreuungsangebot mit aller Kraft aus. Aber es ist ja schon fraglich, ob wir überhaupt die 35 Prozent erreichen. Für alles, was darüber hinaus geht, ist kein Geld da", sagte er.

"Wer die Musik bestellt, soll auch bezahlen"

Derzeit liegt Schleswig-Holstein mit seinem Betreuungsangebot deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (siehe Tabelle). Doch auch die meisten anderen Länder werden den Bedarf 2013 nicht decken können, sagte gestern DStGB-Geschäftsführer Gerd Landsberg: "Das ist nicht nur

finanziell illusorisch, sondern auch personell: Uns werden 150.000 Erzieherinnen fehlen."

Allwörden forderte die Bundesregierung auf, einen höheren Anteil der Kosten zu übernehmen. "Wer die Musik bestellt, soll auch bezahlen." Oder der Rechtsanspruch müsse ausgesetzt werden - andernfalls drohe den Städten eine Klagewelle von Eltern. Zudem kündigte von Allwörden an, den Kita-Ausbau zum Thema beim Kommunalgipfel mit Ministerpräsident Peter Harry Carstensen (CDU) am 10. Februar zu machen: "Das Land muss uns hier helfen."

Im Kieler Bildungsministerium geht man allerdings weiterhin davon aus, dass die Quote von 35 Prozent reicht, um die Nachfrage zu befriedigen. "Wenn sich das anders entwickelt, muss man nachsteuern", sagte ein Sprecher von Minister Ekkehard Klug (FDP). Bundesfamilienministerin Kristina Köhler (CDU) ließ kurz und bündig erklären, es seien bisher keine Probleme beim Ausbau der Kitas erkennbar. "Das Ziel ist eine bedarfsgerechte Betreuung - und das Ministerium wird darauf achten, dass es erreicht wird", sagte ein Sprecher.

Bookmarks



[ZURÜCK ZU NACHRICHTEN](#)

TOP-THEMA

VERSENDEN | DRUCKEN

Rechtsanspruch auf Kita-Platz

KOMMENTAR: Geschäft zu Lasten Dritter

5. Januar 2010 | Von Henning Baethge

Ein Rechtsanspruch auf Kita-Plätze ist bis 2013 unter aktuellen Vorzeichen kaum umzusetzen. Deshalb muss der Bund jetzt Geld in die Hand nehmen, findet Henning Baethge.



Vergrößern

Ab 2013 soll jedes Kind unter drei Jahren einen Anspruch auf einen Kita-Platz haben. Foto: dpa

Das Gesetz ist eigentlich vernünftig: 2013 erhalten alle Eltern einen Rechtsanspruch auf eine Tagesbetreuung für ihre Kleinkinder. Das hilft vielen Müttern und Vätern, die sich für Beruf und Familie entscheiden wollen. Und es hilft so manchen Töchtern und Söhnen, die zu Hause weniger Aufmerksamkeit bekämen.

Dass das sinnvolle Ziel nun in Gefahr gerät, ist wieder mal Ergebnis der typischen föderalistischen Kompetenzvermischung: Der Bund beschließt ein Gesetz zu Lasten der Kommunen, ohne genug Geld bereitzustellen. Und die Kommunen können es nicht umsetzen, weil ihnen Geld fehlt.

Die Schwächsten wurden über den Tisch gezogen

Zwar einigten sich Bund, Länder und Gemeinden darauf, dass jeder ein Drittel der ursprünglich auf zwölf Milliarden Euro geschätzten Zusatzkosten trägt. Doch stellt sich jetzt heraus, dass die Schwächsten über den Tisch gezogen wurden: die Gemeinden. Denn der Aufwand für den

Kita-Ausbau ist größer als gedacht.

Man muss nicht unbedingt glauben, dass künftig wirklich zwei von drei Kleinkindern einen Betreuungsplatz brauchen, wie eine Umfrage des Städtebundes behauptet. Aber dass es mehr als die bei der Gesetzgebung veranschlagten 35 Prozent werden, ist nicht unrealistisch. Auf den höheren Kosten würden die Kämmerer der Städte und Gemeinden sitzen bleiben.

Was also tun? Die Einführung des Rechtsanspruchs zu verschieben, wie es die Kommunen fordern, wäre falsch. Vielmehr muss der Urheber der guten Idee, also der Bund, eben mehr Geld in die Hand nehmen. Zum Beispiel die fast zwei Milliarden Euro jährlich, die das ebenfalls ab 2013 geplante, aber von Bildungsexperten einhellig abgelehnte Betreuungsgeld als Belohnung für die Erziehung daheim kosten dürfte.

Bookmarks


[ZURÜCK ZU NACHRICHTEN](#)
Kindergartengesetz 2010

Bleiben als Leiterin einer Kita rechtlich immer bestens informiert!
www.kita-sicherheitsberater.de

Werden Sie Tagesmutter

Lernen Sie jetzt im Fernlehrgang "Kindererziehung" die Grundlagen!
www.akademie-fuer-fernstudien.de

Betreuung für Ihr Kind:

Alternative zur Kindertagesstätte: Hier liebevolle Tagesmutter finden!
TagesMutter.Betreut.de

Komplette Kita-Software

Sämtliche benötigten Bausteine in einer Software
www.iventus-software.com

Leserkommentare

Bitte melden Sie sich an, um einen Kommentar zu schreiben. Anmelden